

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Ercheinung wöchentlich Sonntags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Zeile pro Woche 75 Pf. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Kleinige Inseraten-Nachnahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 6.

Duisburg, den 10. Februar 1917.

18. Jahrgang.

Weltkrieg und Kolonialpolitik

von J. Giesbers, M. d. R.

Im Jahre 1904 erschien eine Broschüre über die Baumwollfrage als weltwirtschaftliches Problem, verfaßt von dem jetzigen Staatssekretär Dr. Helfferich, damals noch Professor und Legationsrat. Helfferich beginnt seine Broschüre mit folgenden Worten: „An den täglichen Gebrauch von Dingen, deren Urstoff ein fremder Boden und eine fremde Sonne hervorgebracht haben, so gewöhnt, daß er sich fast abgewöhnt hat, über die Kompliziertheit der Bedingungen nachzudenken auf Grund deren ihm eine Reihe der für ihn unentbehrlichsten Nahrungs- und Genussmittel und wichtige Rohstoffe für seine Bekleidung zugeführt werden. Der großen Mehrzahl derjenigen, die im praktischen Leben stehen, kommt jedoch die Gedingtheit und Kompliziertheit der Voraussetzungen, auf welchen nicht nur das Schicksal der wichtigsten Erwerbszweige, sondern auch der tägliche Verbrauch selbst der kleinsten Haushaltung beruht, erst dann zum Bewußtsein, wenn an irgend einer empfindlichen Stelle in dem Netz der internationalen Verkehrsbeziehungen Reibungen und Hemmungen eintreten.“ Die Zeit, wo diese Worte geschrieben wurden, war der Vorabend der parlamentarischen Kolonialkämpfe, die sich im deutschen Reichstag vom Jahre 1905 an bis zu den Blockwahlen abspielten. Waren für die damalige Zeit die Helfferich'schen Sätze zutreffend, so können wir heute feststellen, daß die Erkenntnis vom Wesen und Wert unseres internationalen Handels- und Verkehrsbeziehungen und unserer Kolonialpolitik bedeutend tiefer in unser Volk eingedrungen ist, besonders auch bei der christlich-nationalen Arbeiterschaft. Aber nichtsdestoweniger sind die Helfferich'schen Worte auch heute des Nachlesens und Nachdenkens wert. Unsere Kolonien liegen etwas weit ab von der Herdstraße der Gedanken und Sorgen, die der Weltkrieg uns gebracht hat. Und es ist nicht überflüssig jetzt, wo sich die Entscheidung im Weltkrieg vorbereitet, auf die Bedeutung und die Wichtigkeit der kolonialen Expansionen Deutschlands hinzuweisen. Gerade der Weltkrieg zeigt uns die ungeheure Bedeutung gesicherter weltwirtschaftlicher Beziehungen. Wenn Helfferich schreibt, daß dem im praktischen Leben stehenden die Voraussetzungen für wichtige Erwerbszweige und für die Bedingungen des täglichen Verbrauchs selbst der kleinsten Haushaltung erst dann zum Bewußtsein kommt, „wenn an irgend einer empfindlichen Stelle in dem Netz der internationalen Verkehrsbeziehungen Reibungen und Hemmungen eintreten“, dann trifft dies für den jetzigen Weltkrieg im besonderen Maße zu. Denn nie hat Deutschland in seiner ganzen praktischen Lebenshaltung so sehr empfunden, was es alles entbehren muß, wenn ihm der Weg zur See und damit zu den kolonialen Ländern verschlossen ist, die ihm mit so mancherlei Lebensmitteln und Rohstoffen versorgt. Deshalb muß die Erhaltung eines starken und großen Kolonialreiches, verbunden mit der freien See-Erschließung eine der wichtigsten Kriegsziele Deutschlands sein und bleiben.

Neben den religiösen Interessen, welche die Missionsstätigkeit der christlichen Kirchen in unserer kolonialen Arbeit haben und die von uns nachdrücklich gewürdigt und unterstützt werden, kommen für die Arbeiter wirtschaftliche Fragen von eminenter Bedeutung in Betracht. Begien hat im Reichstag bei Beratung des Missionsgesetzes bezüglich Deutschlands Stellung in diesem Weltkrieg gesagt, wir wollen verhindern, daß Deutschland aus einem Waren exportierenden Land wieder ein Menschen exportierendes Land wird. Das ist eigentlich die Kernfrage für unsere Arbeiter. Würde es unseren Feinden gelingen, unsere Kolonien und dauernd zu nehmen und unsere Weltwirtschaft zu zerstören, so würde in der Tat nichts anderes übrig bleiben, als die überschüssige Menschenzahl wieder herauszuschicken in fremde Länder, wie in den Zeiten des bedauerlichen Stillstandes der deutschen Volkswirtschaft vor den 70er Jahren.

Welch Interesse Deutschland hat, sich wenigstens einigermaßen von dem Bezug wichtiger Rohmaterialien von fremdländischen Kolonien zu emancipieren, zeigt besonders die Baumwollfrage. Der christliche Metallarbeiterverband hat in Erkenntnis dieser Tatsache von jeher alle Bemühungen unterstützt, welche darauf gerichtet waren, die Schafwoll- und Baumwollproduktion in unseren afrikanischen Kolonien zu unterstützen, und hat diesbezüglich verschiedene Eingaben

auch an den Reichstag gemacht. Selbst Rußland ist bezüglich der Baumwolle in einer ungeheuer günstigeren Lage als wir. Rußland hat es verstanden, soviel Baumwolle produzierende Länder in seine Abhängigkeit zu bringen, daß es bereits in der Lage ist, 57 Prozent seines Gesamtbedarfs in Baumwolle daraus zu befriedigen. Noch im Jahre 1908 betrug dieser Prozentsatz 38 und stieg bis zum Jahre 1912 auf 57 Prozent. Ein Beweis mit dafür, wie England die wirtschaftlichen Interessen seiner Verbündeten im letzten Jahrzehnt überall gefördert hat, während es umgekehrt den deutschen Interessen in der Welt sich überall entgegenstellte. Es sei hier an die Marokkolämpfe erinnert. Die meisten von uns haben in den Marokkolämpfen nur ein koloniales Experiment gesehen und man atmete allgemein befriedigt auf, daß es wegen der Marokkofrage seinerzeit nicht zu einem internationalen Brand gekommen ist. Und doch handelt es sich hier um eine Frage von weittragender volkswirtschaftlicher Bedeutung, nämlich um den Besitz und Ausbeute der riesenhaften Eisenerzvorkommen in diesem Lande. England hat mit dafür gesorgt, daß uns diese Aussicht verstopft wurde. Und so stiegen wir Schritt auf Schritt auf das Bestreben Englands, Deutschlands weltwirtschaftliche Entwicklung zu hemmen und zu zerstören. Unsere Gegnerschaft zu England hat ja erst begonnen, als wir begannen, ernsthaft Kolonialpolitik zu treiben und uns eine deutsche Flotte zu schaffen. England steht in diesen Bestrebungen eine Durchbrechung seiner Welt Herrschaft, die es unverkürzt aufrechterhalten will. Immer enger spannt es das Netz seiner überseeischen Flottenstützpunkte und seiner Handelsmonopole. In dem Bewußtsein, daß Binnenländer, wie Deutschland, den kolonialen Import und Export unbedingt notwendig haben, sucht es uns wie andere Binnenländer in seine dauernde Abhängigkeit zu bringen. Welche Bedeutung der Bezug von Rohstoffen aus kolonialen Ländern für uns hat, zeigt die folgende Aufstellung der deutschen Kolonialerzeugnisse:

Hiernach betrug die Einfuhr überseeischer Rohmaterialerzeugnisse			
	34.8 Mill. M.	174.6 Mill. M.	
Gummi	238.8	595.0	" "
Baumwolle	12.1	63.6	" "
Kakaobohnen	5.5	35.5	" "
Sesam	26.7	195.3	" "
Palmkerne und Kopro	29.7	116.5	" "
Deffuchen	19.1	102.6	" "
Reis			
	366.7 Mill. M.	1283.1 Mill. M.	

Bemerkenswert ist, daß von der Gesamtsumme von 128 Milliarden Mark 608 Millionen Waren darstellen, die wir aus englischen Kolonien bezogen haben. Von den oben genannten Artikeln ist nicht nur die Baumwolle von ausschlaggebender Bedeutung, sondern auch der Bezug von Palmkernen und Deffuchen, die einerseits als Futtermittel für die Landwirtschaft, andererseits als Fette und Öle unentbehrliche Wirtschaftserzeugnisse für uns sind. Ein Beispiel hierfür wie gerade England uns hier die Daumenschraube angelegt hat. Vor dem Kriege steckte die englische Oel- und Fettindustrie noch in allerersten Anfängen. Während des Krieges hat es in der Erkenntnis von der Wichtigkeit dieser Stoffe die Maßnahme getroffen, daß von allen Palmkernen, die aus englisch-afrikanischen Häfen nach nördlichen Häfen zur Verschiffung gelangen p. T. M. 40 Zoll erhoben wird und zwar gilt die Maßnahme bis 5 Jahre nach dem Krieg. Damit erreicht England, daß die ganzen Palmkerne zum eigenen Lande verschifft und dort verarbeitet werden. Es sind deshalb während des Krieges in England eine Unmenge neuer Oelmöhlen entstanden in London, Liverpool, Quä. Seine Fettindustrie, die 1913 noch 36000 Tonnen Palmkerne verarbeitete, konnte 1915 186000 Tonnen verarbeiten. Das sind einige Beispiele dafür, von welcher ungeheurer Bedeutung eine unabhängige und freie Kolonialpolitik für Deutschland ist. Ludwig Duesel schreibt in dem Sozialistischen Monatsheft im Januar 1916: „In weit höherem Maß, als zumeist angenommen wird, ist auch dieser Krieg auf Seiten der Entente ein Kolonialkrieg. Das Streben der Entente und ihrer Vasallenstaaten durch Vernichtung des deutschen Militarismus ihr koloniales Monopol zu besfestigen und auszuweiden ist für jeden, der sehen will, ganz unverkennbar. Der Weltkrieg ist, vom kolonialen Standpunkt aus gesehen, ein Kampf der ausgebeuteten Nationen gegen die ausbeutenden, und insofern eigentlich mehr eine Revolution als ein Krieg. Es wäre für die

Nation verhängnisvoll, wenn dieser Sachverhalt ihr durch falsche Theorien verdunkelt würde.“ In der Tat diesem Gedankengang kann man nur zustimmen. Der Weltkrieg ist im letzten Moment ein Kolonialkrieg größten Stils. Es ist wirklich die Auflehnung der von England eingeschnürten und unterdrückten Völker Europas mittels seiner gewaltigen kolonialen und Seeherrschaft. Es kann deshalb gar keine Frage sein, daß die deutsche Arbeiterschaft die Entwicklung des kolonialen Problems ihr volles Interesse zuwendet. Es müssen auch deshalb alle jene kleingeistigen Auffassungen verstummen, die pessimistisch-spießbürgerlichen Betrachtungen verschwinden, die hin und wieder sagen: „Was brauchen wir Kolonien, was brauchen wir Seegeltung, was brauchen wir Welt Herrschaft, wenn wir nur Frieden halten.“ Die Erhaltung des Friedens um jeden Preis war vor dem Krieg bei uns in Deutschland leider viel zu sehr verbreitet. Ein solcher Friede, der Deutschland langsam und sicher dem wirtschaftlichen und nationalen Niedergang überantwortet, ist im letzten Grunde Selbstmord. Eine Nation, die in sich so starke Kräfte stillschweigend und wirtschaftlicher Betätigungsnötwendigkeit fähig, kann sich nicht von der Welt abschließen lassen und darum muß dieser Kampf durchgeführt werden in erster Linie im Interesse der deutschen Arbeiterklasse und ihrem sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg, der nicht möglich ist, ohne freie koloniale und weltwirtschaftliche Betätigung des deutschen Volkes.

Kriegsfürsorge durch Ansiedlung

Eines der bedeutsamsten sozialen Gesetze ist das Reichsgesetz über Kapitalabfindung für Kriegerverletzte. Auf Grund dieses Gesetzes können Kriegsverletzte, die nach dem Mannschaftenversorgungsgesetz oder dem Militär-Hinterbliebenengesetz Anspruch auf Kriegsverfürsorge haben, auf ihren Antrag hin durch Zahlung eines Kapitals abgefunden werden. Die Kapitalabfindung erfolgt zum Zweck der Ansiedlung oder zur Stärkung des bereits vorhandenen eigenen Grundbesitzes. Der zur landwirtschaftlichen Arbeit fähige Kriegsverletzte und dessen Angehörige sind so in der Lage, sich eine bescheidene und sichere Existenz zu schaffen oder ihren bisherigen Besitz sich zu erhalten, zu sichern, ja zu erweitern. Um auch Kriegsverletzten, die bisher Landwirtschaft oder Gärtnereien nicht betrieben haben, die Ansiedlung auf eigenem Lande zu erleichtern und zu ermöglichen, wird jenen, die sich dazu melden, in den Invalidenschulen entsprechender Fachunterricht erteilt; sie erwerben so die nötigen Kenntnisse für die auf der Siedlung wartenden Arbeiten.

Daß der Betrag und die kapitalisierte Summe, die auf Grund des Kapitalabfindungsgesetzes an Stelle der Kriegrenten gewährt werden kann, nicht so unbedeutend ist, geht daraus hervor, daß z. B. ein 21-jähriger Kriegsverletzter, der neben der Rente Kriegs- und Verfallmehlgeldzulage bezieht, über 9000 Mark Abfindung erhält, wobei die erste Rente weiterläuft.

Bayern hat zum Kapitalabfindungsgesetz alsbald nach dessen Zustandekommen noch ein weiteres getan, um die Ansiedlung Kriegsverletzter besonders auf dem Lande zu unterstützen. Einem Antrag der Abgeordneten Held, Frhr. v. Treuberg und Gen. entsprechend, ist in das Gesetz vom 15. Juli 1916 entstanden, das der Landesrentenanstalt, deren Mittel seit 1908 auch für Arbeiter-Wohnungszwecke Verwendung fanden, die Beleihung von Kleinsiedelungen ermöglichte. Dieses bayerische Ansiedlungsgesetz gestattete die Vergabe von Darlehen zu billigem Zinsfuß an Siedler bis zu drei Viertel des Grundstückswertes. Ein Siedler, der mehr als fünf Hektar Grundbesitz haben, werden Darlehen nur ausnahmsweise gegeben. Für Kleinsiedler und Kriegsverletzte ermöglicht also das bayerische Gesetz, in Verbindung mit dem Kapitalabfindungsgesetz, die vollständige Finanzierung einer Siedlung auf dem Lande, oder auch eines kleinen Gärtnereibetriebes oder dergleichen in der Nähe oder Umgebung einer Stadt. Zur gleichmäßigen Durchführung der beiden hier in Frage kommenden Gesetze ist nun durch Ministerialentscheidung vom 15. Januar 1917 eine Landesstedlungsstelle für Bayern errichtet worden. Bei dieser Stelle werden alle Siedlungsfragen geprüft und die Grundstücksvermittlung in Verbindung mit den auf Kriegsfürsorge des Landes betriebenen. Bei der Siedlungsstelle ist ein Ausschuß tätig, dem die

Referenten des R. Staatsministeriums des Innern, der Zentralwohnungsinspektor, die Vertreter einer Reihe von landwirtschaftlichen Organisationen; Wohnungsvereinen und Bauingenieurvereinen angehören.

Die Tätigkeit der Landesförderungsstelle mit ihrem Ausschuss erstreckt sich nach Ziff. 11 der Entschliessung in der Hauptsache auf die Vermittlung des Erwerbs geeigneter Grundbesitzer. Ausnahmsweise wird jedoch in besonderen Fällen auch ein vorübergehender Eigenwerb zum Zweck der weiteren Aufteilung und Instandsetzung in Betracht zu ziehen sein.

In solchen Fällen ergibt sich für die Landesförderungsstelle und für den Landesförderungsausschuss noch die Mitwirkung bei folgenden weiteren Aufgaben: Neubildung von landwirtschaftlichen Betrieben unter ständiger Aufsicht der Wirtschaftsprüfungskommission, namentlich auch die Schaffung geeigneter Wohnstätten, Verkleinerung von Anwesen auf fünf Hektar und darunter, unter Zwangnahme eines Lebensfähigen Betriebsgröße, betriebstechnische Verbesserung mit Mängeln behafteter Betriebe, zweckmäßige Vergrößerung von Höfgebäuden, Instandsetzung der Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie Verbesserung sonstiger Einrichtungen, sagt die Ministerialentschliessung.

In allen Fällen der Ansiedlung von Kriegsbeschädigten ist besonders Wert darauf zu legen, daß das wirtschaftliche Fortkommen des Ansiedlers dauernd gesichert ist und insbesondere die Belastung sich in angemessenen Grenzen hält. Das Vorgehen Bayerns verdient allenthalben Nachahmung. S. P.

„Wirtschaftsfriedlicher“ Auftakt zu den Arbeiterauswahlwahlen

Nachdem der „Wertverein“ sich vierzehn Tage überlegt hat, ob die Wirtschaftsfriedlichen überhaupt noch eine Vertretung innerhalb des vaterländischen Hilfsdienstes anstreben sollen, scheint ihm nunmehr doch von „oben“ beigebracht worden zu sein, daß die „Wirtschaftsfriedlichen“ grundsätzlich nicht „streiken“ dürfen und sich deshalb bei der Bildung bzw. an der Wahl der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Arbeiterauswahlkommissionen beteiligen müssen. Ferner scheint man ihm begreiflich gemacht zu haben, daß die Arbeitgeber ihr gutes Geld (das für einzelne Vereine sogar jährlich 100 000 M. betragt) doch nicht ganz umsonst ihren wirtschaftsfriedlichen Vereinen geben und daß die Wertvereine nun auch beweisen sollen, ob und was sie denn eigentlich innerhalb der Arbeiterschaft hinter sich haben. In fürchterlicher Berdrügerung darüber, daß die „Wirtschaftsfriedlichen“ bei den Schlichtungsausschüssen an den Bezirkskommandos ausgeschaltet sind, welche Berdrügerung sich durch ohnmächtiges Geschimpfe im „Wertverein“ vom 13. Januar Luft machte, drohte das Blatt, daß sich die Wirtschaftsfriedlichen erst in den Schmollwinkel zurückziehen würden. In der Nummer vom 27. Januar veröffentlicht aber der „Wertverein“ schon wieder einen „Aufsicht zu den Arbeiterauswahlwahlen“ und verkündet, daß die Wirtschaftsfriedlichen „das Ringen um die Siege in den Arbeiterauswahlwahlen aufnehmen“ werden.

Nun, den Arbeiterorganisationen kann's recht sein. Wandern muß man sich aber, daß der „Wertverein“ auf einmal entdeckt hat, daß die Arbeiterauswahlkommissionen eine Verwirklichung des wirtschaftsfriedlichen Gedankens sind. Diese Entdeckung ist neu. Bisher waren die Wertvereine immer Gegner von Arbeiterauswahlwahlen. Auch fast alle Arbeitgeber, die sich unter ansehnlichen Selbstopfern „Wirtschaftsfriedliche“ Wertvereine zugeeignet haben, sind strikter Gegner von Arbeiterauswahlwahlen. In Verbindung mit ihren Geldgebern haben sich die Wertvereine auch stets gegen Einführung von Arbeiterauswahlwahlen erklärt. Die Vorgänge

in letzter Zeit scheinen die Redaktion des „Wertvereins“ überhaupt etwas arg mitgenommen und zu einer Gedächtnisschwäche geführt zu haben. Ist es doch noch kein Jahr her, daß derselbe „Wertverein“ sich strikte gegen die Errichtung von Arbeiterauswahlwahlen wandte. Noch in der Nr. 21/1916 befürwortete der „Wertverein“, daß die Arbeiterauswahlwahlen durch gesetzliche Maßnahmen möglicher Weise Zwang werden könnten.

„In keinem Wertvereins Ehre liegen die Arbeiterauswahlwahlen, (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) und wir sind von dem leichten Anlauf dazu verschont“.

So verkündete noch am 20. Mai 1916 der „Wertverein“ seinen Lesern; und am 27. Januar 1917 muß er wieder anders herum schreiben und der wirtschaftsfriedlichen Besorgnis die Entgegengesetzte plausibel machen, nämlich, daß die Arbeiterauswahlwahlen eine Verwirklichung wirtschaftsfriedlicher Gedankengänge sind.

Höher geht's nimmer. Jedoch der „Wertverein“ kennt kein „wirtschaftsfriedliches“, gedudiges Publikum und dessen Geistesverfassung und weiß schon, was demselben geboten werden kann.

Dann gibt der „Wertverein“ aus dem Par. 12 des H.-L.-G., der von den Arbeiterauswahlwahlen handelt, den 1. Satz wieder, der lautet:

Dem Arbeiterauswahlkommissionen liegt ob, das gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeber zu fördern, um dann stolz zu verkünden:

„Dieser Satz ist das nun gewissermaßen zum Gesetz erhaltene Programm der Wertvereinsbewegung!“

Doch der „Wertverein“ ist auch wieder mächtig in seinen Ansprüchen, wofür wäre er denn sonst „wirtschaftsfriedlich“. Der Par. 12 bestimmt nämlich des ferneren über die Aufgaben der Arbeiterauswahlkommissionen, was nicht in das Programm der Wertvereinsbewegung hineinpaßt und deshalb vom „Wertverein“ unterschlagen wird:

„Er (der Arbeiterauswahlkommissionen) hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebseinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern.“

Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterauswahlkommissionen muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung gesetzt werden.“

Dieses „Vorbringen“ von Anträgen, Wünschen und Beschwerden auch über Lohnfragen, sowie ein „sich äußern“ darüber durch einen gewählten Ausschuss ist es ja gerade, was die Wertvereine verhindern wollen und sollen. Der „Wertverein“ erblickt deshalb in dem ganzen Paragraph 12 des Gesetzes wohlweislich keine Verwirklichung seines Programms.

Selbst auf den einzelnen Betrieben mit wirtschaftsfriedlichen Vereinen wird den bescheldenen „wirtschaftsfriedlichen“ Vertretern das Beschwerderecht über Arbeitsverhältnisse nicht einmal eingeräumt. Sie dürfen sich ja wohl gelegentlich mit einem Betriebsbeauftragten über einige Wünsche unterhalten, aber ein Recht dazu gibt's nicht. In dieser Beziehung muß noch etwas folgendes typische Beispiel in Erinnerung gebracht werden.

Im Jahre 1911 wurde vom Krupp'schen Wertverein in Essen ein Formular angefertigt, das die Aufgaben der Vertreter des Wertvereins in den einzelnen Werksstätten festlegt und von jedem Vertreter zu unterschreiben ist. Der erste Entwurf sah noch vor, daß die Vertreter das Recht haben sollten, die Arbeitsverhältnisse zu beobachten und Beschwerden zu erheben.“ Diese mehr gewerkschaftliche Aufgabe der Vertreter ließ man aber schenkennicht fallen.

nachdem ein Vertreter der Firma sich die Sache angesehen hatte. Um einen Vergleich zu ermöglichen über das ursprüngliche und das endgültige Formular, seien die entscheidenden Teile derselben nachstehend nebeneinander gestellt.

(Entwurf)	(Gültige Ausführung)
Verhandelt im Büro des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp am	Verhandelt auf dem Büro des Nationalen Arbeitervereins Werk Krupp am
Dem Kollegen wurde mitgeteilt, daß er von den Mitgliedern des Vereinsbezirks . . . zum Vertreter gewählt worden sei und daß der Vorstand diese Wahl bestätigt habe.	Dem Kollegen wurde mitgeteilt, daß er von den Mitgliedern des Vereinsbezirks . . . zum Vertreter gewählt worden sei und daß der Vorstand diese Wahl bestätigt habe.
Im einzelnen hat der Vertreter folgende Aufgaben:	Im einzelnen hat der Vertreter folgende Aufgaben:
1. Die Übermittlung von Personennachrichten auf mündlichem Wege an die Mitglieder;	1. Die Übermittlung von Personennachrichten auf mündlichem Wege an die Mitglieder;
2. Die Verteilung d. Zeitungen;	2. Die Entgegennahme von Mitteilungen, Wünschen, Anträgen von Mitgliedern und Weitergabe an den Obmann;
3. Die Aktion in den ihm zugeordneten Teilen d. Bezirks;	3. Die Verteilung d. Zeitung usw.
4. Die Beobachtung des Betriebszustandes im Betrieb und die Weitergabe von Mitteilungen, etwaigen Beschwerden usw. an die Obmannen.	4. Die Aktion in dem ihm zugewiesenen Teil des Bezirks.

Die Veränderung des ursprünglichen Formulars, das so far schon gedruckt war, beweist so recht, wie sogar die bescheidenste Vertretung von Arbeiterinteressen so weit sie nur eben das Arbeitsverhältnis im Betrieb betreffen, nicht einmal von „Wirtschaftsfriedlichen“ Vertretern geduldet wird, weil viele Arbeitgeber nicht zulassen wollen, daß Arbeitern ein verbürgtes Recht dazu eingeräumt wird. Darum mußte sich abermals der Krupp'sche Wertverein zur Veränderung des Formulars bequemen, die Beobachtung der Arbeitsverhältnisse im Betriebe wurde nicht gestrichelt und darum müssen auch die „Wirtschaftsfriedlichen“ Gegner der Arbeiter-Auswahlwahlen sein.

Wenn sie sich dennoch jetzt an den Arbeiterauswahlwahlen beteiligen, machen sie eben aus der Not eine Tugend und müssen es auf Geheiß von oben.

Allgemeine Rundschau Arbeitslohn und Unterstützungsbezüge der Heerespflichtigen in der Industrie.

Die vom Heeresdienst zur Arbeit in bestimmten Betrieben entlassenen Arbeiter sehen sich infolge der ihnen in Aussicht gestellten geringen Entlohnung nicht selten gezwungen, die Uebernahme der Arbeit in diesen Betrieben abzulehnen. Der in Aussicht gestellte Lohn beträgt vielfach weniger, als ihre Löhnung, freie Verpflegung und Kleidung mit samt den ihnen während der Wehrzeit gewährten Unterstützungen. Dieser Zustand, der zudem bezeichnende Streikblätter auf die Arbeitslöhne in manchen Betrieben wirft, ist vollkommen unhaltbar. Da aber auf die Heranziehung aller verfügbaren Arbeitskräfte für die Industrie nicht verzichtet werden kann, sollen nunmehr die durchaus berechtigten Bedenken der Heerespflichtigen gegen die Uebernahme von Arbeit beigelegt werden. Ihren Familien und sonstigen Angehörigen, soweit sie bisher Familienunterstützung erhalten haben, werden im Wege der Kriegswohlfahrtspflege Unterstützungen gewährt, deren Höhe dem Unterschied zwischen den militärischen Bezügen und den bisher gewährten Familienunterstützungen einerseits und dem Arbeitsverdienst andererseits entsprechen sollen.

Die Berechnung ist folgendermaßen festgestellt: Auf der einen Seite kommen als militärische Bezüge Löhnung, freie Verpflegung und Kleidung in Frage.

Die Entwicklung der modernen Technik in ihren Ursachen.

II
Technisch verarbeitet wird das Erz im Hochofenbetrieb, der heute fast noch dieselbe Anordnung aufweist, wie schon im 13. Jahrhundert. Aufeinander geschichtete Massen von Erz, Koks und Zuschlägen werden von oben ausgefüllt und unten langsam nach unten in die Schmelzzone. Bei dem außerordentlichen Gewicht dieser Stoffmengen läßt sich in dem notwendigen großen Maßstab wirtschaftlich nur mit maschinentechnischen Mitteln, den Förderungsmaschinen der verschiedensten Art, arbeiten. Die Stoffverarbeitung im Stahlwerk (Glühstufen) beruht im Gegensatz zu der alten Handarbeit des Puddelns, heute auf den Bienenverfahren von Bessemer, Thomas oder Gilchrist, bei dem durch den Sauerstoff der jugelähren Druckluft in der kurzen Zeit von 19 Minuten der überflüssige Kohlenstoff, sowie Silizium, Mangan und Phosphor des flüssigen Roheisens verbrannt werden. Das Puddelverfahren nach Siemens und Martin ist zwar unvollständiger und zeitraubender, liefert aber auch die Herstellung einer gleichmäßigen und hohen Güte des Stahles. In beiden Verfahren wird die erforderliche Arbeit durch Maschinen übernommen, während die Handarbeit fast gänzlich wegfällt. Sehr lehrreich ist die Zusammenstellung der wirtschaftlichen Elemente: Stoffe und Arbeitsverhältnisse. Selbstredend stellen sich die Kosten für Koks wegen des großen Abbrandes am höchsten bei dem früheren Puddelverfahren; sind am geringsten bei dem Bienenverfahren. Dergleichen waren auch beim Puddelverfahren bestanden.

höchsten Löhne zu zahlen. Bei dem Puddelverfahren mit Handladung, die 16 gelehrte und 36 ungelehrte Arbeiter verlangen, erreichten die Löhne aber fast die gleiche Höhe. Als jedoch durch den Einbau eines elektrisch betriebenen Ladefranks die Handarbeit fast völlig verdrängt wurde und die Zahl der gelehrten Arbeiter sich um 4 vermehrte, dagegen die der ungelehrten sich um 34 verminderte, da ließen die Löhne auf gleich niedriger Linie wie bei dem Bienenverfahren. Also auch hier wieder die nämliche Erfahrung, daß ein wirtschaftlicher Fortschritt sich ergibt bei dem Ersatz der reinen Handarbeit durch eine Maschine oder durch hochwertige Arbeiter. Die Grundgedanken: Raumüberwindung oder Förderbewegung durch Raumkraft sind hier die nämlichen wie beim Bergbau; die maschinentechnischen Mittel sind gleichfalls Förderungsmaschinen verschiedener Art.

Ein neues Seilfeld eröffnet nun die Metallbearbeitung. Die Stoffe werden nicht bloß bewegt wie bisher, sondern mit Hilfe der Bearbeitungs- oder Werkzeugmaschinen durch Trennung oder Brechung umgeformt, zu einer neuen Form gebracht. Welch gewaltigen Fortschritt die Entwicklung dieser gesamten Maschinen in Bezug auf Leistungsfähigkeit und Genauigkeit gemacht hat, zeigt die Verwandlung der alten, einfachen Drehbank zur selbsttätigen Revolverdrehbank. Das Endziel der Entwicklung ist nach Raumkraft: Bewegung eines Werkzeugs durch Naturkraft in bestimmter Bahn, mit bestimmtem Hub und mit selbsttätigen Wechsel des Werkzeugs oder kurz gesagt: Werkzeugbewegung durch Maschinenkraft, die als 4. Grundgedanke für die Entwicklung der Maschinentechnik zu gelten hat.

Stets weiteren Aufschwung nahm die Maschinentechnik

durch Vereinfachung des 3. und 4. Grundgedankens, der Raumüberwindung und der Werkzeugbewegung, wie sie sich z. B. an dem Schaufelbagger zeigt, der zugleich als Werkzeug und als Fördergefäß dient. Bemerkenswert ist wieder der berechnete wirtschaftliche Erfolg. Vor Anwendung des Baggers waren zur Ausführung der im Bereich gezogenen Erdbauarbeiten 25 Mann erforderlich, die für die Bewegung eines Kubikmeters Erde 0,75 Mark Lohn erzielten, nach Einführung genügten 8 Mann mit einem Kostenaufwand von 0,15 Mark für 1 Kubikmeter einschließlich der Versicherungsbeiträge. Rechnet man noch hinzu den Lohn des Steuermanns, die Verzinsung und Tilgung des Baggers und die Kosten für elektrischen Strom zum Betriebe des Baggers, so ergibt sich immer noch ein Sinken der Kosten von 0,75 auf 0,25 Mark für 1 Kubikmeter. Und diese Ersparnisse wurden wiederum durch die Ausschaltung einer größeren Anzahl von ungelehrten Arbeitern erzielt, an deren Stelle eine Maschine und gelehrte Arbeiter traten.

Über die gänzliche Entwicklung des Bergbauwesens beleuchten uns folgende Zusammenstellungen. In dem Zeitraum von 12 Stunden konnten zunächst im Jahre 1800 mit Postwagen rund 50 Kilometer, mit Extrapost rund 100 Kilometer, 1850 mit Eisenbahnen rund 400 Kilometer, 1900 etwa 800 Kilometer, 1850 mit Segelschiff rund 200 Kilometer, 1870 mit Dampfer rund 300 Kilometer, 1900 mit Dampfer rund 400 Kilometer. Mit einem Aufwand von 50 Mark für die Kohlen konnten durchgehenden werden im Jahre 1800 mit Wagen rund 100 Kilometer, 1850 mit Eisenbahn rund 400 Kilometer, 1900 mit Eisenbahn rund 2500 Kilometer. Auf dem Seewege wird schon für 5 Mark eine Tonne etwa 2000

Die Wohnung ist je nach ihrem tatsächlichen Betrag einzuziehen. Verpflegung und Kleidung mit einem Betrage von 1,50 Mark für den Tag, mithin halbmöndlich mit 22,50 Mk. Dazu tritt die Familienunterstützung in der bisher gewährten Höhe einschließlich der von den Versicherungsverbänden gewährten Zuschüsse. Der Summe dieser Beträge ist der Arbeitsverdienst gegenüberzustellen, der der zur Arbeit entlassenen Heerespflichtigen bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung zu verdienen in der Lage ist. Der Betrag, um den der Arbeitsverdienst hinter der nach obigen berechneten Summe zurückbleibt, würde der Familie dann als Ausgleich zu zahlen sein.

Hat also ein Heerespflichtiger halbmöndlich (den Monat gerechnet nach 30 Tagen) 7,50 Mk. Wohnung erhalten, seine Familie (Frau und 4 Kinder) 30 Mk. an Familienunterstützung, so ergibt sich ein Betrag von 7,50 + 22,50 freie Verpflegung und Kleidung + 30 Mk. = 60 Mk. als bisherige Beiträge des Heerespflichtigen und seiner Familie. Angenommen, der Arbeitsverdienst betrage demgegenüber halbmöndlich 80 Mk., so würde also der Familie eine Unterstützung nicht zu zahlen sein, da der Arbeitsverdienst die bisher dem Heerespflichtigen und seiner Familie zuzurechnenden Beträge übersteigt.

Würde die Familie dagegen noch eine Zusatzunterstützung in Höhe von 30 Mk. halbmöndlich vom Versicherungsverband erhalten, mithin ein Einkommen von 60 Mk. + 30 Mk. = 90 Mk. gehabt haben, so wären ihr halbmöndlich 10 Mk. zu gewähren.

Würde der Arbeitsverdienst nur 50 Mark betragen, so würden der Familie unter Zugrundelegung der oben angegebenen Beträge 10, bezw. 40 Mk. halbmöndlich zu geben.

Für die Fälle, in denen der Entlassene nicht an seinem Wohnort, sondern außerhalb desselben Arbeit erhält, und somit dem Heerespflichtigen und seiner Familie durch Führung doppelter Haushalte größere Aufkosten erwachsen, ist vorgesehen, daß für den doppelten Haushalt 2 Mark für den Tag, also 60 Mark im Monat, als Mehrkosten in Ansatz gebracht werden.

- 7,50 Mark (Wohnung)
- 22,50 Mark (Verpflegung und Kleidung)
- 30,00 Mark (Familienunterstützung)
- 30,00 Mark (für Mehraufwand durch doppelten Haushalt)

zus. 90,00 Mark.
Bei einem Arbeitsverdienst von halbmöndlich 80 Mk. würden demnach 10 Mark Unterstützung an die Familie zur Auszahlung zu gelangen haben und 40 Mark, falls noch 30 Mark Zusatzunterstützung gewährt worden sind.

Erwäge vom Arbeitgeber den Familien gewährten Unterstützungsbeiträge sind in allen Fällen bei der Berechnung des Arbeitslohns zugurechnen. Die Arbeitgeber werden den Versicherungsverbänden auf Anfrage entsprechende Mitteilung zu machen haben.

Die Gewährung der Unterstützung an die Familien hat auf Antrag des Heerespflichtigen selbst oder seiner Familie zu erfolgen. Die Festsetzung der Höhe des zu gewährenden Betrages ist von dem zur Zahlung der Familienunterstützungen zuständigen Versicherungsverbande zu bewirken.

Die nötigen Unterlagen über die Wohnung können aus dem Soldbuch oder Bescheinigungen der militärischen Stellen ersehen werden. Richtigfalls wird an die Truppendeile oder die Bezirkskommandos wegen der Feststellung heranzutreten sein. Ueber den Arbeitsverdienst werden die Arbeitgeber Auskunft zu erteilen haben. Als Arbeitsverdienst ist ein Betrag anzunehmen, wie bei regelmäßiger Arbeitszeit und normaler Arbeitsleistung verdient werden kann.

Die Zahlung der Unterstützungen erfolgt halbmöndlich an denselben Tagen wie die der Familienunterstützungen, und zwar zu Lasten des Versicherungsverbandes, der bisher für die Zahlung der Familienunterstützungen zuständig war. Die vorausgelegten Beträge werden den Versicherungsverbänden in voller Höhe vom Reich erstattet. Sie sind von ihnen mit den Aufwendungen auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, jedoch gelindert von diesen berechnet, anzufordern.

Die Zahlung der Unterstützungen erfolgt erstmalig für die zweite Hälfte des Monats Januar 1917. Sie ist auch den Familien zu gewähren, deren Ernährer oder Angehöriger bereits früher Arbeit übernommen hat, wenn die übrigen Voraussetzungen zutreffen.

Die Beträge, die für Verpflegung und Kleidung nach dieser Regelung in Ansatz gebracht sind, müssen als völlig unzulänglich und zu niedrig bezeichnet werden. Das trifft sowohl für die im Heimat-

orte als in noch besonderem Maße für die außerhalb Beschäftigten zu. Verpflegung und Kleidung unter den gegenwärtigen Preisverhältnissen mit 1,50 Mark pro Tag zu bestreiten, ist dem im Heimatorte beschäftigten Heerespflichtigen schlichterdinge unmöglich. Noch unzulänglicher ist die Regelung für die außerhalb ihres Wohnortes Beschäftigten. Eine Verbesserung und Erhöhung dieser Sätze, mehr jedoch noch eine Verbesserung der Arbeitsverdienste ist dringend nötig.

Vereinigung des Verbandes der Gärtner und Landarbeiter.

Vom 1. Januar 1917 ab hat sich der Deutsche Gärtner-Verband dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter als Berufsgruppe der Gärtner angeschlossen. Seine Hauptverwaltung ist mit der des Zentralverbandes in Weisfeld vereinigt. Für seine berufliche Gewerkschaftsarbeit bleibt der Gärtnerverband als selbständiger Verband bestehen, um sich den besonderen Verhältnissen des Gärtnerberufs auch weiterhin anpassen zu können. Hauptvorstand, Geschäftsstelle und Zentralstellennachweis des Verbandes bleiben in Berlin, ebenfalls gibt er von dort aus weiterhin die „Deutsche Gärtner-Zeitung“ heraus. Der Vorsitzende des Zentralverbandes, Abgeordneter Behrens, tritt auf Grund des Vereinigungsvertrages in den Vorstand des Gärtnerverbandes ein, dessen jeweiliger Vorsitzender gehört dem Hauptvorstand des Zentralverbandes an, in dessen Prüfungsausschuß der Gärtnerverband ebenfalls ein Mitglied entsendet.

Der Deutsche Gärtner-Verband hat diese Vereinigung anregt, weil bei der Organisierung der ungelerten Arbeiter sich keine Grenzlinien zwischen beiden Verbänden ziehen lassen und auch bei der praktischen Gewerkschaftsarbeit die Interessen der gärtnerischen und landwirtschaftlichen Arbeiter vielfach dieselben sind. Auch hat gerade der Gärtner-Verband im Kriege viele seiner besten Mitglieder und Führer verloren. Auch um die höheren Verwaltungsstellen und andere Schwierigkeiten eines kleinen Verbandes in Zukunft zu vermeiden, haben die Gärtner sich mit dem in den 4 Jahren seines Bestehens schon fruchtbar entwickelten Zentralverband vereinigt. Möge dem Deutschen Gärtner-Verband auf dieser Grundlage eine erfolgreiche Wirksamkeit zum Segen der gärtnerischen Arbeitnehmer beschieden sein!

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 11. Februar, der folgende Hochabend für die Zeit vom 11. bis 17. Februar fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Oberhausen. Am 14. Januar fand die sehr gut besuchte Jahresgeneralversammlung unserer Zählstelle Oberhausen statt. Dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß besonders in letzter Zeit gute Fortschritte in der Mitgliederwerbung zu verzeichnen sind. Allein in den beiden letzten Monaten wurden über 100 Aufnahmen erzielt und für Januar lag auch bereits eine größere Anzahl Neuaufnahmen vor. Die Beitragsleistung ist zu wünschen übrig. Es waren am Jahreschlusse 24 Mitglieder zusammen mit 109 Beiträgen im Rückstand. Wir müssen verlangen, daß die Beiträge pünktlich gezahlt und die Mitglieder ordnungsgemäß ihrer Pflicht nachkommen.

Ueber die Tätigkeit des Verbandes wurde berichtet: Vom Balzweil Oberhausen hat sich die Reichswehr der Arbeiter unserem Verbände angeschlossen. Der erste Erfolg bestand in einer Lohnerhöhung von 3-5 Pfg. pro Stunde für fast alle Arbeiter des Werkes. Die Löhne waren dort außerordentlich niedrig und kann diese Verbesserung nur als Abschlagszahlung dankend hingenommen werden. Weitere Aufbesserungen sind notwendig. Auch bei verschiedenen kleineren Betrieben wurde versucht etwas für die Arbeiter zu tun. Wenn diese Bemühungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, so liegt die Schuld bei den in Frage kommenden Arbeitern, da sie sich nicht zum Anschluß an die Organisation aufschwingen wollten. Der Bericht fand allgemeine Zustimmung.

Kilometer weit gefördert. „Diese wirtschaftlichen Ergebnisse beruhen im Grunde genommen auf einer einzigen technischen Fortschritt: auf der Zusammendrängung der Kraftleistung auf einen Raum und auf geringes Eigengewicht.“ Und die Entwicklung der Verkehrsmaschinen besteht allgemein ausgedrückt in dem Problem: „Kraftgewinnung auf kleinstem Raum mit geringstem Eigengewicht zum Zweck der Raumüberwindung: es liegt also eine Vereinfachung des 1. und 3. Grundgedankens vor.“

Durch die Einführung der elektrischen Kraftverteilung treten die jetzt immer größer werdenden Hebe- und Transportmaschinen in ein neues Stadium der Entwicklung, so daß sich eine entscheidende Wendung im ganzen Umschlagverkehr vollzog. Selbsterklärend wird auch dieser Fortschritt wieder durch die vornehmlich wirtschaftlichen Ergebnisse. Während nämlich früher zur Bedienung einer Dampfwinde etwa 50 Mann Handlangerdienste erforderlich sind, wird jetzt bei dem elektrischen Seilzug die ganze menschliche Arbeitsleistung durch 1 gewandte Seilwerke und 2 Arbeiter an Bord ausgeführt, die monatlich einen Gesamtlohn von ungefähr 500 Mark erhalten; also eine beträchtliche Ersparnis gegen früher. Da sich ferner die zum Höchsten erforderliche Zeit von 26 Stunden auf 12 Stunden verkürzt, so kann der Dampfer eine größere Zahl von Reisen ausführen und höhere Rente einbringen. Nicht zu übersehen ist jedoch der wichtige Umstand, daß der Umschlagverkehr sich nicht mit bestimmter Regelmäßigkeit abwickelt, sondern unregelmäßig arbeitet. Wird daher eine Anlage mit Laufwinden, die eine Höchstleistung von 800 000 Tonnen im Jahre erzielt und eine Anlage mit Brückenkränen, deren Jahresleistung 600 000 Tonnen beträgt, nur mit einem Umsatz von 100 000 Tonnen beansprucht,

dann arbeiten die Laufwinden mit halb so großen Betriebskosten, wie die Brückenkrane. Ja, bei einem Jahresumsatz von nur 50 000 Tonnen stellen sich die Betriebskosten für die Brückenkrane ebenso hoch, wie der primitive Handbetrieb, während die Laufwinden erst unwirtschaftlich werden, wenn der Umschlag unter 15 000 Tonnen sinkt. Die technischen Mittel des Umschlagverkehrs — die elektrisch betriebenen Krane — beruhen auf der Anwendung des 2. und 3. Grundgedankens der Maschinentechnik, auf Kraftverteilung zum Zweck der Raumüberwindung.

Hand in Hand mit der Sicherung der industriellen Tätigkeit geht dann die Großleistungsleistung mit den mannigfachen Aufgaben der Siedlungsdehnung, wie Verkehrserschließung, Licht-, Wärme- und Kraftversorgung, Bewässerung und Entwässerung. Jedenfalls werden mit der Zeit die elektrischen Schnellbahnen die bisherigen langsamen Bortriebbahnen vollständig verdrängen und die Grundrisse der Städte, die früher ein Polygon darstellten, in strahlenförmige Gebilde auflösen und die Wohnbezirke verlagern. „Der technische Mittel hierzu beruhen auf der Verteilung des 2. und 3. Grundgedankens der Maschinentechnik: Kraftverteilung zum Zweck der Raumüberwindung.“

Was nun die Kriegstechnik und ihre Entwicklung anbelangt, so zeigt sich in der Entwicklung der Feuerwaffen das gleiche Streben wie bei den Werkzeugmaschinen, zunächst nämlich nach Kraftentwicklung (Bordartillerie), dann nach Genauigkeit (gezogener Lauf), hierauf nach Vereinfachung der Handhabung (Magazin-gewehr). „Die Feuerwaffe beruht auf der Anwendung des 1. und 3. Grundgedankens der Maschinentechnik: Gewinnung von Naturkraft und ihre Anwendung zur Werkzeugbewegung.“

Die nun folgende Vorstandswahl ging glatt von statten. Ebenfalls wurden verschiedene neue Vertrauensleute und ein Jugendauschuß gewählt. Der Kaufmann Kollege Henkelmeier über die Bedeutung der Schlichtungsausschüsse und Arbeiterauschüsse nach dem neuen Gesetz über die Grunddienstpflicht. Die Schlichtungsausschüsse sind in der Hauptsache dazu da, um Differenzen zwischen Unternehmer und Arbeitern zu beseitigen. Redner unterrichtete die Kollegen über die Verhaltensmaßregeln bei Inanspruchnahme dieses Ausschusses. Die Arbeiterauschüsse wählen sind von großer Bedeutung und es ist notwendig, daß die gesamte organisierte Arbeiterschaft geschlossen dafür eintritt, daß die Posten mit geeigneten Kollegen besetzt werden. Sollten in den Betrieben Vorschlagslisten der Unternehmer oder der Wirtschaftsfreundlichen kommen, so muß die Arbeiterschaft von den organisierten Kollegen darüber aufgeklärt werden, daß wir solche von dieser Seite in Vorschlag gebrachte Personen nicht als Arbeitervertreter anerkennen können. Es muß dafür gefordert werden, daß die Liste der Arbeitsgemeinschaft der organisierten Arbeiter überall gewählt wird. In der nun folgenden Aussprache wurden noch Mißstände aus verschiedenen Betrieben zur Sprache gebracht. Ferner wurde eine Kommission beauftragt, der Stadtverwaltung Oberhausen Beschwerden und Wünsche der Kollegen bezüglich Lebensmittelpflichtung zu unterbreiten.

Im Schlußwort betonte der Vorsitzende nochmals die Pflichten in der Agitation. Die sehr schön verkaufte Generalversammlung wird hoffentlich alle Kollegen veranlassen mit größerem Eifer wie bisher für die weitere Ausbreitung des Verbandes einzutreten.

Verdacht. Jahresbericht der Verwaltungsstelle. Ein Rückblick auf unsere Tätigkeit im verfloffenen Jahre, auf die Errungenschaften und Erfolge dieser Zeit lassen uns hoffnungsvolle Ausblicke in das begonnene Jahr tun. Das Jahr 1916 war für die Verwaltungsstelle Verdacht ganz besonders in seinem letzten Jahresdrittel aber aus arbeits- und erfolgreich. Trotz der ganz gewaltigen Einberufung der Mitglieder während des ganzen Krieges, war am Jahreschlusse die Mitgliederzahl überschritten, die vor Ausbruch des Krieges vorhanden war. Für das ganze Jahr sind insgesamt 482 Neuaufnahmen zu verzeichnen; Davon allein im letzten Jahresdrittel 457. Nachdem im 1. Vierteljahr nur 14 Neuaufnahmen und im 2. Vierteljahr nur 8 zu buchen waren, setzte im 3. Jahresviertel eine vorwärtstreibende Bewegung ein, als dessen Resultat dann in den letzten Monaten des Jahres eine so schöne Zahl von Neuaufnahmen festgestellt werden konnte. Jeder Kollege muß aus im begonnenen Jahre seine ganze Kraft mit einbringen, damit nicht nur die vielen neu gewonnenen Kollegen dem Verbände erhalten bleiben, sondern auch dafür Sorge tragen, daß auch in Zukunft der alte Spruch für die Verwaltungsstelle Verdacht mehr bleibt, der da lautet: „Vorwärts immer, Rückwärts nimmer!“

Eine ganze Reihe erfolgreicher Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnten im Berichtsjahre gebucht werden. Die Erfolge konnten aber nur deshalb erreicht werden, weil die Arbeiterschaft mehr wie früher den Wert und den Nutzen des Zusammenschlusses erkannte.

Recht interessant ist die Bewegung der Kollegen vom Deane-Elektrolicht- und Industriewerk Eisleben. Nachdem kurz vor Beginn des Krieges eine tägliche Lohnzulage von 30 Pfg., sowie Besserbezahlung der Überstunden und Sonntagsarbeit erreicht werden konnte, bewilligte die Werksleitung schon zu Anfang des Krieges 50 Pfg. Kriegszulage pro Tag. Auf eine Eingabe im Januar 1916 wurde die Kriegszulage um 50 Pfg. erhöht, außerdem den Kollegen, die als Heizer und Maschinisten im Monatslohn stehen, eine monatliche Gehaltszulage von 20 Mark gewährt. Auf eine erneute Eingabe im Oktober wurde sodann die Kriegszulage wiederum um 50 Pfg. für den Tag erhöht. Sodann wurde Anfangs Dezember bekannt gegeben, daß erneut für den Tag 50 Pfg. gezahlt werden sollten, dieses mal aber mit dem Bemerkten, daß diese Zulage erfolge, ohne daß ein Gewerkschaftssekretär hieran zu schreiben brauche.

Gemeinsam mit den beiden anderen Metallarbeiterverbänden wurde für die Kollegen der Firma Wilhelm Berg-Altena eine 10prozentige Lohnerhöhung erzielt. Verlangt wurde, daß die Verdienste bis 60 Pfg. pro Stunde um 15 Prozent und über 60 Pfg. um 10 Prozent erhöht werden sollten. Mit dem Erreichten waren die Kollegen zufrieden.

Sehr im Augen lag die Ernährung der Schwere- und Schwerarbeiter. Die vom Kriegsernährungs-

Fassen wir die gebotenen Erörterungen zusammen, so ergibt sich das Hauptresultat, das auf den verschiedenen Gebieten der technischen Praxis die Entwicklung immer mehr dahin führt, die ungelerten Handlanger durch hochwertige Arbeiter mit vollkommenen Maschinen zu ersetzen, nachdem einmal durch die Dampfmaschine die Möglichkeit geschaffen war, den Menschen in der Technik zu verwenden. Die Großbetriebe der Industrie (Klassische Zeit) waren lediglich eine Summierung der Handarbeit vieler Menschen, und die Manufakturen des 18. Jahrhunderts stellten nur eine laienmännliche Zusammenfassung von Handarbeitern, nicht aber eine Organisation von Menschen und Naturkräften dar. Aus der Entwicklung aber, die die Maschinentechnik jetzt erreicht hat, ist der 3. Grundgedanke erkennbar: Die Bewertung des Menschen nicht als Muskelmaschine, sondern als bewußtes Wesen im Rahmen der Arbeitstätigkeit. Das Hauptziel dieses außerordentlich fruchtbaren Gedankens bildet die elektrische Kraftverteilung, wodurch die Maschinen in ihrer vervollständigung schließlich alle Hilfskräfte und Handbewegungen selbst ausführen können. Kammerer meint, daß sich dem geschulten, hochwertigen Arbeiter ein weites Arbeitsgebiet eröffne, während der ungelernete Handarbeiter immer überflüssiger werde, dabei überfließt er aber, daß der Unternehmer nur zu oft der geringeren Kosten wegen den gelerneten Arbeiter durch „ungelerneten“ und den aus gelerneten durch den ungelerneten zu ersetzen sucht.

Aus der ganzen Entwicklung dürfen wir den Schluß ziehen, daß die industrielle Zukunft nicht dem Staate mit der größten Einwohnerzahl, sondern dem Staate mit der intelligentesten, thätigsten und bestausgebildeten Bevölkerung gehören wird.“

amt festgelegtem Zusätze an Brot, Hülsenfrüchten und Getreide, sowie auch Fleisch und Fett, wurde der Arbeiter in den wenigsten Fällen zugeteilt. Man begt bis heute noch die Befürchtung, daß sehr vieles für die Arbeiterbestimmte, auf dem Wege dahin hängen geblieben ist.

Die Arbeiterschaft des „Rhönix“ zu Nachrod machte hiergegen an erster Stelle Front. Nachdem sich die übergroße Mehrheit der Belegschaft organisiert hatte, wurde durch unser Eingreifen die Frage der Lebensmittelzulage für die Schwer- und Schwerarbeiter auf dem „Rhönix“ gelöst. Durch energisches Vorkaufen gelang es, die unübersichtlich geringe Zahl von 180 Schwerarbeitern bei einer Belegschaftsziffer von zirka 800 deutschen Arbeitern, ohne die Kriegsgefangenen, auf 300 und bei der zweiten Verhandlung auf 509 zu erhöhen. Heute beträgt die Zahl über 700, die bei einem Hütten- und Walzwerk wahrlich noch nicht zu hoch gegriffen ist. Die Verteilung wurde nun auf unsern Vorschlag einer gewählten Arbeiterkommission übertragen und dadurch die Gewähr geschaffen, daß auch eine gerechte Verteilung stattfindet. Nachdem nun die Lebensmittelfrage geklärt war, wurde an die Werkleitung herangetreten, und eine Verdiensterhöhung von 10-25 Prozent gefordert. Durch Verhandlungen mit der Arbeiterkommission wurde nun erreicht, daß die Verdienste um 5-20 Prozent aufgebessert wurden. Nachträglich eingeleitete Verhandlungen über Verrückung oder der Verrückung der Sonntagsnachschicht schweben noch. — Ansehnliche Erfolge haben sich die Kollegen vom „Rhönix“ errungen. Sollen die erreichten Vorteile erhalten bleiben und auch noch in Zukunft Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis herbeigeführt werden, dann müssen die Kollegen nicht nur selbst dem Verbands treu bleiben, sondern nicht eher rasten, bis auch der letzte Arbeitskollege ein männlich oder weiblich, den Weg zum Verbands gefunden hat.

In gleicher Art und Weise mußte auf einem anderen gleichartigen Betrieb, dem Blechwalzwerk Ohler Eisenwerk vorgegangen werden. Da die ganze Angelegenheit bis heute noch keine endgültige Regelung gefunden hat, wollen wir noch vorläufig von einer Schilderung dieser Bewegung absehen. Aber auch die Kollegen des Ohler Eisenwerkes mögen sich gesagt sein lassen, daß, wenn etwas Ersprießliches erreicht werden soll, die Kollegen nicht nur ihrer gewerkschaftlichen Pflicht Genüge geleistet haben, wenn sie selbst nur ihre Beiträge zahlen und Versammlungen besuchen, sondern erst dann, wenn sie nach Möglichkeit die ganze Belegschaft dem Verbands zugeführt haben. Je schneller, umso besser wird der Erfolg sein.

Nachdem nun in der Lebensmittelversorgung in einer Reihe Betrieben, so z. B. auch bei der Firma C. Berg u. S., Erwiking, in ähnlicher Weise vorgegangen und Erfolge zu verzeichnen waren, wie bei den schon vorgenannten Betrieben, erschien eine behördliche Verfügung an die Arbeitgeber mit der Aufforderung, die Verteilung der Zusatzbrotkarten, sowie der von der Behörde zugewiesenen Lebensmittel nicht mehr von der Werkleitung, sondern von einer gewählten Arbeiterkommission vornehmen zu lassen. Auch dieses ist als ein Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit zu buchen.

Die Kollegen der Aluminium-Formerei der Firma Wasse und Selve, Altena, erreichten durch ihr Vorgehen, daß neben anderen Verbesserungen der garantierte Stundenlohn auf 80 Pfg. festgesetzt wurde. Die Kollegen sind reiflos organisiert.

Eine Forderung der Kollegen der Firma Ernst Brodhans u. Komp. in Wiesenthal um eine 10-15proz. Lohnzulage wurde bewilligt. Nur einer starken Organisation haben diese Kollegen den Erfolg zu verdanken.

Auf eine gleiche Forderung der Kollegen der Firma B. Brodhans, Desterau, wurde eine Zulage für den Tag für die Ledigen von 40 Pfg. und die Verheirateten von 50 Pfg. gewährt.

Eine Anzahl Bewegungen in verschiedenen Betrieben um Verdiensterhöhungen sind noch nicht erledigt. Die Berichterstattung kann daher hierüber noch nicht erfolgen. Alles in Allem genommen, können wir mit den Erfolgen des Kriegsjahres 1916 zufrieden sein. Es brachte nicht nur eine Vermehrung der Mitgliederzahlen, sondern auch ganz annehmbare Erfolge auf dem Gebiete des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Ueber das Finanzgebahren der Verwaltungsstelle werden wir in einem nachfolgenden Bericht Aufschluß gegeben werden.

Manchem Kollegen, der bisher immer noch auf dem Standpunkt stand, daß während des Krieges keine Erfolge in der Gewinnung neuer Mitglieder, sowie in Bezug von Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis erzielt werden könnten, sind wohl mittlerweile die Augen aufgegangen, und das Verlehrte seines Standpunktes wird ihm klar geworden sein. Kollegen, die früher sich kaum um die Reorganisation von Mitgliedern kümmerten, haben heute ihre Gleichgültigkeit abgestreift und arbeiten tatkräftig mit Erfolg mit.

Rüge dieser Wille zum Vorwärtsschreiten auch in dem begangenen Kriegsjahre handhalten, damit unser Verbund im märkischen Sauerlande immer mehr erstarke zum Segen der gesamten Arbeiterschaft. Große Aufgaben bringt das Hilfsdienstgesetz, noch größere Aufgaben stehen der Arbeiterschaft nach Beendigung des Krieges bevor. Rügen und Berufen wir die Zeit, arbeiten wir immerzu unerschrocken an der Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes. Zur Beherzigung sei allen Kollegen das Wort unseres Dichterkollegen Wieprecht empfohlen, welcher da sagt:

So hatte uns! Du wirst's erreichen,
Ist dorteboll auch oft der Pfad,
Darff Du doch niemals von ihm weichen,
Den hast Dein Fuß beschritten hat. H. B.

Altendorn. Reichstagsabgeordneter, Kollege Beder-Adm sprach am Sonntag, den 21. Januar d. J. in Wiesenthal und in Hünneberg in überaus zahlreich besetzten Versammlungen unserer christlichen Gewerkschaften über das Thema: Arbeiterschaft und Weltkrieg.

Sowohl der Dingertische Saal in Altendorn, als auch der große Saal des „Reichshof“ zu Hünneberg verpackten kaum, alle Erschienenen aufzunehmen. Insbesondere war dieses der Fall in Hünneberg. Seine Aufgabe erledigte sich der Redner mit dem ihm eigenen Selbstvertrauen und mit all seinen praktischen und tiefen

wirtschaftlichen Angelegenheiten verändernden Ausführungen die volle Zustimmung der Versammlungen. Naturgemäß standen dabei die Arbeiterfragen, die Wirkungen der Sozialpolitik und ganz besonders die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation während der Kriegszeit im Vordergrund. Im besonderen wurde auch der vaterländische Hilfsdienst mit seinen Rechten und Pflichten eingehend besprochen. Zum Schluß seiner Ausführungen behandelte Redner in knapper aber bestimmter Weise das neue Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Auch dieses fand ebenfalls die volle Zustimmung der Versammlungen. Die gewaltigen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft lasse die weitere Stärkung und Festigung der Arbeiterorganisationen als dringend notwendig erscheinen. In beiden Teilen waren die Ausführungen lebhaft besprochen, an welchen sich u. a. Kollege, Gewerkschaftssekretär Mauer, von unserem Verbands und Gewerkschaftssekretär Kasper vom christlichen Eisnarbeiterverbande beteiligten und welche mehr die örtlichen Kriegsverhältnisse der Arbeiterschaft besprachen. Beide Verbände haben im Laufe der letzten Wochen in beiden Orten und Umgegend gewaltige Fortschritte gemacht und ist die Zahl der seither unorganisierten Arbeiter nunmehr auf einen kleinen Teil herabgesetzt worden. (Bravo! Die Schriftleitung.) Der Präses des katholischen Arbeitervereins Altendorn, Herr Kaplan Peine begrüßte in den neuen und verstärkten Ortsgruppen den Bundesbruder der konfessionellen Vereine, beide würden an den gemeinsamen Zielen gemeinsam arbeiten. In Hünneberg gab Kollege Mauer Bericht über den Stand einer Lohnbewegung der Arbeiter der Firma Wolf, Metter u. Jacobi und drückte den Wunsch aus, daß auf ordnungsmäßigem und glüklichem Wege eine Veränderung zwischen der Belegschaft und der Firma herbeigeführt werde, was nach langwährender schon erfolgter Aussprache des Verbandsfunktionärs mit der Firma wohl als sicher zu erwarten ist. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf unser deutsches Vaterland, auf unser Heer und unsere Flotte wurden die Versammlungen geschlossen, die einen erneuten Beweis des dringlichen Bedürfnisses der Organisation der Arbeiter und der Abhaltung von solchen Versammlungen gebracht haben.

Niedersteden. Vor einiger Zeit konnten wir an dieser Stelle über Erfolge der Arbeiterschaft der Charlottenhütte berichten, die nur durch die Stärkung und Klärung der gewerkschaftlichen Organisationen möglich waren. Neben erzielten Mehrerdienssten in einzelnen Abteilungen wurde durch unser Eingreifen erreicht, daß am 1. Juni 1916 eine allgemeine monatliche Kriegszulage von 5 Mark und 2 Mark für jedes Kind für Verheiratete gewährt wurde. Daß sich hiermit die Arbeiterschaft nicht zufrieden geben konnte, lag umso näher, weil neben der geringfügigkeit der Zulage die Ledigen leider nichts mehr erhielten. Indes war dieses einzig auf das schlechte Organisationsverhältnis, insbesondere der jüngeren Arbeiter, zurückzuführen.

Als hier ein besseres Verhältnis eingetreten war, wurde der Versuch gemacht, auch als unternehmen, einen allgemeinen Mehrerdienst zu erhalten. Auch dieses Vorhaben glückte, wenn auch wieder nur zum Teil. Für die Verheirateten wurde die Kriegszulage von 5 Mark auf 7,50 Mark und die Kinderzulage von 2 Mark auf 3 Mark erhöht. Da indes auch jetzt die ledigen Arbeiter unberücksichtigt blieben, feste zu Mitte Dezember wieder eine besondere Aktion der Verbände ein, um auch den Ledigen eine Zulage zu erringen. Die verheirateten Kollegen unterstützten diese Bemühungen auf nachdrücklichste und waren vielfach tätiger dabei, als die überwirkende Mehrheit der jüngeren Kollegen selbst. Wohl in Folge der Saubere der Letzteren, die insbesondere in dem mangelnden Versammlungsbuch und in der ungenügenden Beitragsleistung zum Ausdruck kam, erfolgte in den ersten vier Wochen, weder eine Entschädigung der Eingabe, noch eine Antwort. Die Organisationen sahen sich deshalb erneut gezwungen, von der Direktion der Charlottenhütte eine klare Stellungnahme zu den Forderungen zu verlangen. Mit Hilfe der Lokalpresse wurde den Bestrebungen der Arbeiterschaft weiterer Nachdruck gegeben. Diese Bemühungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Ein Werkanschlag stellte den Ledigen, soweit sie Haupternährer ihrer Familie sein, anheim, eine diesbezügliche Bescheinigung der Gewerbebehörde einzuholen und der Firma abzugeben. Die Annahme, daß nur diese eine Zulage erhalten würden, alle übrigen aber wieder unberücksichtigt blieben, führte zu weiteren Belegschaftsversammlungen. Diese vertraten den einmütigen Standpunkt, daß alle Ledigen in ihrem Verdienst angehebert werden müßten. Die gewaltige Leistung habe auch alleinstehende Ledige, die doch kostgeloß bezahlten müßten, in gleicher Weise erfasst. Ermittelte Lehrlingslöhne reichen kaum zur Bestreitung der Auslagen für Kleidung, Schuhwerk und für deren Instandhaltung, so daß deren Familien mit der vollen Nahrungsversorgung belastet würden, ohne die geringste Gegenleistung dafür zu erhalten. Vor einem halben Jahre stand zudem der von uns ermittelte Durchschnittslohn der ledigen Arbeiter der Charlottenhütte, gegenüber dem gleichartigen Lohn der Siegerländer Metallindustrie allgemein um 26 Pfg. pro Schicht zurück. Dieser Unterschied tritt heute noch krasser hervor, als inzwischen auf anderen Siegerländer Metallwerken weitere allgemeine Lohn-erhöhungen vorgenommen worden sind. Die Möglichkeit, der Forderung der Arbeiter zu entsprechen, ist der Charlottenhütte leicht gegeben. Die Organisationen wurden erneut beauftragt, in diesem Sinne nochmals an die Direktion heranzutreten und darf wohl bestimmt erwartet werden, daß nunmehr der Forderung vollumfänglich entsprochen wird.

Zufließend haben die Reparaturschlosser der Charlottenhütte, die nunmehr ebenfalls den Weg zur Organisation gefunden und die darum vorgehen konnten, die Gewährung einer Zulage von 50 Prozent für Sonntagsarbeit für sich herauszuholen können. Die Kollegen sehen dadurch erneut, was zu erzielen ist, wenn die Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist und was noch zu tun übrig bleibt, um allgemein bessere Lohn- und Arbeits-

bedingungen zu schaffen. Insbesondere trifft dieses für die jüngeren Kollegen zu. Sie sollten sich darum vor leichfertigen Handlungen gegenüber dem Verbands hüten und nicht, weder durch Seitenfänge von Vorgesetzten, noch von sonstigen Querebreitern und Schmierbeuteln, verführen lassen, dem Verbands untreu zu werden. Nur die beharrliche Ausdauer, die stetige Beibehaltung der Opferwilligkeit in der Organisation führt zum Ziele!

Dieses sollten sich auch die Arbeiterinnen der Charlottenhütte merken. Wenn man dem Vorstehen den des Aufsichtsrates der Charlottenhütte, Landtagsabg. Dr. Ing. h. c. Marco nach dieser Seite ja Glauben schenken könnte, dann müßten die Arbeiterinnen des Siegerlandes ja in einem irdischen Paradies leben. Nach einem Bericht des „Eleg. Rh. Volksblatt“ vom 2. 12. 16 hat derselbe tag zuvor in einer öffentlichen politischen Versammlung zu Siegen seinen „Bedenken gegen die hohen Löhne von jungen Mädchen in der Industrie, wohl wegen der dadurch geförderten Genußsucht und Sittenverderbnis“ hochtönenden Ausdruck gegeben. Woher der Herr Abgeordnete, der auch im Parlament Anspruch darauf erhebt, ein guter Kenner von Technik, Industrie und Volkswirtschaft zu sein, die Unterlagen für diese Behauptungen genommen hat, davon schweigt das Sängers Mäulchen! Wenn er unsere öffentlichen bezeugten und unumwunden gebliebenen Angaben über die Löhne im Siegerland auch nur etwas beachtet und wenn er sich im besonderen die Notizen der Arbeiterinnen seiner eigenen Charlottenhütte angesehen hätte, dann würde er jedenfalls die belandlose Behauptung, die auch sonst ansehnlich ist, nicht in die Welt gesetzt haben. Nach unseren damaligen Ermittlungen betrug der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in der Siegerländer Metallindustrie nur 36,3 Pfg. pro Stunde. Auch die Charlottenhütte wird sich mit den Arbeiterinnenlöhnen in gleichem seitdem Fahrwasser bewegen und werden wie die Arbeiter, so auch die Arbeiterinnen der Charlottenhütte, in der Gegenwart wie in Zukunft alles daran zu setzen haben, um auch den Letzten aus ihren Reihen zur gewerkschaftlichen Organisation, zu unserm christlichen Metallarbeiterverband zu führen.

Versammlungs-Kalender

- Sonntag, den 11. Februar 1917:**
 Düsseldorf. Abends 6 Uhr im oberen Saale des Paulushauses, Koulonstraße 37, Generalversammlung der Ortsverwaltung.
 Wülfrath-Nhein. Nachmittags 5 Uhr bei Rebbholz, Regentstraße.
 Selsenkirchen-Jugendklasse. Nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Dicks, Vereinsstraße 59.
 Rheinhausen. Nachmittags 3 Uhr bei Reih in Hochammerich
 Selsenkirchen-Schulte. Vormittags 11 Uhr bei Wegener.
- Sonntag, den 18. Februar 1917:**
 Duisburg. Generalversammlung der Verwaltungsstelle nachmittags 3 Uhr im „Burggader“.
 M. Sturm. Abends 7,30 Uhr bei Rieder, Versammlung mit Frauen.
 Selsenkirchen-Kruschwitz. Vorm. 11 Uhr bei Stingenaber, Deffauer Straße.
 Elm-Rath Nachm. 5 Uhr bei Hüntgesberg, Bremerstr. 14
 Doan. Abends 6 Uhr bei Strahwinkel.
- Sonntag, den 21. Februar 1917:**
 Essen-Altendorf. Abends 7,30 Uhr bei Trippel, Altendorfer Straße 399.

Feldpost-Briefumschläge,
 leichter für den Versand des Verbandsorgan ins Feld
 empfiehlt
 Echo vom Niederrhein, Duisburg.

Gelernte Dreher
 für Werkzeugmaschinenbau gesucht.
Maschinen-Fabrik Cazin
 Cöln-Ehrenfeld / Relatener Weg 18.

Reparatur-Schlosser
 Wilt. Schmitz, Scholl
 Köln- und Cöln-Altstadt A. Späcker.

**Zähige
 Installations-
 Monteur**
 Arbeit gesucht. Hoher Lohn,
 dauernde Beschäftigung.
 Lohn-Einstellungs-Berte,
 H. G., Betriebsbureau,
 Remmingen (bayer. Höhe.)

**Kollegen
 agitiert für den
 christlichen
 Metallarbeiter-
 Verband!**